

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Andere ökologische Partei, Grünes Bündnis (GBS)
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Bühlmann, Marc
Freymond, Nicolas
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Freymond, Nicolas; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Andere ökologische Partei, Grünes Bündnis (GBS), 1990 - 2012*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Wahlen	1
Wahlen in kantonale Parlamente	1
Kommunale Wahlen	2
Eidgenössische Wahlen	3
Infrastruktur und Lebensraum	3
Umweltschutz	3
Klimapolitik	3
Sozialpolitik	4
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	4
Suchtmittel	4
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	4
Parteien	4
Linke und ökologische Parteien	4
Andere Parteien	6

Abkürzungsverzeichnis

UREK-NR	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
OFRA	Organisation für die Sache der Frau

CEATE-CN	Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie du Conseil national
UE	Union européenne
EEE	l'Espace économique européen
OFRA	Organisation pour la cause des femmes

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Wahlen

Wahlen in kantonale Parlamente

WAHLEN
DATUM: 11.11.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der **Linksrutsch** bei den Parlamentswahlen **im Kanton Zug** hatte sich bereits bei den vorangegangenen Gemeindewahlen angezeigt. Die Sozialdemokraten konnten zusammen mit der "Frischen Brise Steinhausen" drei Sitze hinzugewinnen, ebenso erhielten die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA, zum Grünen Bündnis gehörend) zwei und die "Politische Arbeitsgruppe Gleis 3 Risch-Rotkreuz" einen neuen Sitz. Die SGA hat mit vier Sitzen nun Fraktionsstärke erreicht. Verlierer waren vor allem die Freisinnigen, welche vier Mandate einbüssten, und die CVP, die als stärkste Partei wie bei den letzten und vorletzten Wahlen zwei Sitze verlor; diesmal büsste sie auch knapp vier Wählerprozentpunkte ein. In drei Gemeinden kam es zu stillen Wahlen, da nicht mehr Kandidaten nominiert wurden als Sitze zu vergeben waren. Die Frauenvertretung stieg von 7 auf 15 (18,5%).¹

WAHLEN
DATUM: 22.11.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Grossratswahlen im Kanton Schaffhausen waren von der massiven Einbusse an Sitzen und Wähleranteilen der SP gekennzeichnet; fünf der sechs verlorengegangenen Sitze gingen an die **Liste des dissidenten Sozialdemokraten** und ehemaligen Redaktors der Schaffhauser AZ, Arthur Müller, welcher als einziger Kandidat auf der Liste "sozial-liberal" kandidiert hatte. Ursprünglich war er aus Gründen des SP-intern festgelegten Frauenanteils als überzählig aus der Nomination ausgeschieden, worauf er sich für eine Einzelkandidatur entschied. Im Moment seiner Wahl war er noch Mitglied der SP, gab jedoch kurz darauf seinen Austritt aus der Partei bekannt. Bei den bürgerlichen Parteien gewannen die FDP und die SVP je zwei Sitze, während die CVP ein Mandat verlor. **Erstmals musste die Auto-Partei in einem Ostschweizer Kanton einen Rückschlag in Form eines Sitzverlustes hinnehmen.** Der Landesring hatte keine eigene Liste mehr aufgestellt, dafür traten an seine Stelle die zwei Gruppierungen "Ökoliberale Bewegung Schaffhausen" (neu mit drei Sitzen) sowie die "Aktion liberale Schaffhauser" (2 Sitze). Von den übrigen Kleinparteien verlor die EVP ein Mandat und verblieb wie das Grüne Bündnis mit einem Sitz vertreten. Der Frauenanteil konnte im Vergleich zu 1988 nur leicht von 15% auf 16,3% erhöht werden.²

WAHLEN
DATUM: 17.04.1994
EVA MÜLLER

Bei der Wahl des 200köpfigen Berner Grossrats konnten die **Parteien des rechten Spektrums** zulegen: die Auto-Partei (heute Freiheits-Partei) erzielte mit einem aggressiven Wahlkampf fünf Sitzgewinne und hält neu sechs Mandate, die Eidgenössisch-Demokratische Union erzielte einen Sitzgewinn. Trotz Gewinnen am rechten Rand dürften sich die politischen Gewichte jedoch nur geringfügig verschieben: die klar dominierenden bürgerlichen Parteien SVP (71) und FDP (35) gehen mit unveränderter Sitzzahl in die nächste Legislatur und behalten so eine Mehrheit von 106 Sitzen. Die SP bleibt trotz drei Sitzverlusten mit 54 Mandaten die zweitgrösste Partei im Grossen Rat. Über die Klinge springen musste jedoch als prominentestes Opfer der SP der noch amtierende Grossratspräsident Peter Bieri. Die Schweizer Demokraten, der LdU und die CVP verloren je einen Sitz. Die EVP konnte drei Sitze dazugewinnen, das Grüne Bündnis zwei. Vier Sitze verloren dafür die in der GPS organisierten Grünen: die Grüne Partei Bern ist neu nicht mehr im Parlament vertreten, während Junges Bern/Freie Liste noch auf zehn (-2) Mandate kommt. Eigentliche Gewinnerinnen dieser Kantonalwahlen waren die **Frauen**, welche 16 Grossratsmandate zulegen konnten und nun 51 von 200 Sitzen stellen. Unter den 21 abgewählten Grossräten befand sich keine einzige Frau.³

WAHLEN
DATUM: 22.11.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Kommunale Wahlen

Die Wahlen ins 60 Mitglieder zählende Bieler Stadtparlament brachten sowohl für die Sozialdemokraten als auch für die bürgerliche Koalition "Das Neue Biel" Sitzverluste; dabei war die SP mit vier Mandatseinbussen für die deutschsprachige Liste am meisten betroffen; wähleranteilmässig büsste sie 6,5% ein. Auch die beiden grünen Gruppierungen (Grünes Bündnis/Freie Liste) mussten zusammen einen Sitzverlust hinnehmen. Damit **verlor das links-grüne Lager seine 1988 erkämpfte Mehrheit wieder**. Die FDP, CVP und der Landesring verloren ebenfalls je einen Sitz. Hingegen verdoppelte die Auto-Partei ihre Sitzzahl auf sechs und konnte auch ihren Wähleranteil auf 10,5% knapp verdoppeln. Der parteilose (freisinnig-dissidente) Hans-Rudolf Aerni erreichte mit seiner Alleinkandidatur auf der Liste "Für Biel" auf Anhieb drei Sitze und 5,8% der Wählerstimmen. Auch die Schweizer Demokraten konnten mit einem Sitz Einzug ins Parlament halten. Der Frauenanteil stieg auf 16,7%.

Die SP hat bei den Bieler Kommunalwahlen einen Sitz und damit ihre Mehrheit im Gemeinderat (Exekutive) verloren. Ebenfalls einen Sitz verlor die FDP als zweitgrösste Partei. Die beiden Sitze erkämpften sich ein dissidenter Freisinniger und ein Vertreter der AP. Die Bieler Stadtregierung umfasst einerseits den ständigen Gemeinderat, welchem fünf Mitglieder einschliesslich des Stadtpräsidenten angehören, andererseits den nichtständigen Gemeinderat mit vier Mitgliedern ohne eigene Direktionen. Für den ständigen Gemeinderat wurde einzig Stadtpräsident Hans Stöckli (sp) mit dem besten Resultat wiedergewählt. Neu in den Gemeinderat gewählt wurden zwei Frauen welscher Zunge, Erica Wallis (sp) – sie übertraf den bisherigen Fürsorgedirektor Arnold – und Marie-Pierre Walliser (fdp), welche den Baudirektor Haller (fdp) verdrängte. An vierter und fünfter Stelle wurden der parteilose, dissidente freisinnige Aerni mit der Liste "Für Biel" und der Zentralpräsident der Auto-Partei, Nationalrat Jürg Scherrer gewählt. Zum ersten Mal erlangte damit ein Vertreter der Autopartei ein Amt in einer schweizerischen Exekutive. Erleichtert wurde die Wahl eines AP-Vertreters durch die Aufsplitterung des links-grünen Lagers in eine sozialdemokratische und eine grüne Kandidatur (Grünes Bündnis/Freie Liste). Im nichtständigen Gemeinderat blieb die parteipolitische Sitzverteilung mit zwei Sozialdemokraten und zwei Bürgerlichen gleich. Neben den drei Bisherigen wurde neu Martin Bösiger (fdp) gewählt. Die Romands stellen vier der neun Exekutiv-Mitglieder, und erstmals gehören dem Gemeinderat drei Frauen an.⁴

WAHLEN
DATUM: 06.12.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Für die Wahlen in den 80 Sitze umfassenden Berner Stadtrat stellten sich 451 Personen auf 17 Listen (1988: 479 Personen auf 18 Listen) als Kandidaten oder Kandidatinnen zur Verfügung. Der Anteil der kandidierenden Frauen stieg von 36,8 auf 38,8%. Die SP, die drei grünen Formationen Grünes Bündnis, Grüne Partei und Junges Bern/Freie Liste, die Junge Alternative, die PdA sowie der Landesring und die EVP waren nicht nur eine Listenverbindung eingegangen, sondern hatten sich auch auf eine Wahlplattform geeinigt und mit der Bezeichnung «**Rot-Grün-Mitte**» einen gemeinsamen Wahlkampf geführt. Mit 42 von 80 Sitzen konnten sie die **absolute Mehrheit im Stadtrat (Parlament)** erobern. Die Sozialdemokraten gehörten mit drei Sitzgewinnen zu den Siegern dieser Wahlen; auch die EVP konnte ein Mandat zulegen. Innerhalb des grünen Lagers kam es zu Mandatsverschiebungen: Einerseits verloren die Grüne Partei und die Freie Liste je zwei Sitze, andererseits gewann das Grüne Bündnis zwei Mandate; mit einem Sitz neu im Rat ist die «Junge Alternative» (JA). Von den bürgerlichen Parteien verlor die FDP zwei Sitze und die CVP einen. Im rechtsnationalistischen Lager gehörten die Schweizer Demokraten mit drei Verlusten zu den Verlierern, während die mit ihnen verbundene Liste "Vertreter der Kleinverdiener/Rentner sprechen auch mit" neu mit zwei Sitzen ins Parlament einzog; die Auto-Partei konnte ihren Bestand um einen Sitz auf sechs erhöhen. Im langfristigen Vergleich seit 1980 gehören allerdings die Parteien des rechtsnationalistischen und populistischen Flügels mit einem Gewinn von rund 10% Wähleranteilen zu den Gewinnern, während sowohl die SP und die Parteien der Mitte als auch die bürgerlichen Parteien Verluste bis zu 5% Wähleranteilen hinnehmen mussten. Einen spektakulären Sprung nach vorn konnten die Frauen verzeichnen; mit 34 Mandaten erreichten sie einen Rekordanteil von 42,5%. Allein die SP besetzte 14 ihrer 23 Sitze (60,9%) mit Frauen; im Rot-Grün-Mitte-Block erhielten die Frauen 27 der insgesamt 42 Sitze, während auf der bürgerlichen und rechtsnationalistischen Seite sieben der 38 Sitze an Frauen gingen.⁵

WAHLEN
DATUM: 20.10.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Eidgenössische Wahlen

In der **Ostschweiz** gehörten die SP, die Grünen und die AP zu den Gewinnern; auf der Verliererseite standen die CVP und die FDP. In St. Gallen eroberte die AP und die GP je einen Sitz. In Glarus ging der einzige Nationalratssitz von der SVP an die SP über. In Graubünden konnte die SP, dank einer Listenverbindung mit den Grünen, der CVP einen Sitz abnehmen. In Schaffhausen blieb die Sitzverteilung unverändert, obwohl die FDP, die CVP und die SP Wähleranteile zugunsten der AP und des Grünen Bündnisses verloren. Gleiches gilt in Bezug auf die Sitzverteilung auch für den Thurgau, wo insbesondere die CVP massiv Wähleranteile einbüsste.⁶

Infrastruktur und Lebensraum

Umweltschutz

Klimapolitik

L'initiative populaire fédérale « pour des véhicules plus respectueux des personnes et de l'environnement » a formellement abouti à l'automne. Lancée par les Jeunes Verts et soutenue par le PS, les Verts, le mouvement Ecologie libérale et des organisations écologistes (ATE, WWF, Greenpeace), cette initiative vise à interdire l'importation de véhicules qui émettent des quantités excessives de substances nocives (notamment le CO₂ et les poussières fines) et ceux particulièrement dangereux pour les cyclistes et les piétons. Les véhicules émettant plus de 250 grammes de CO₂ par kilomètre ou plus de 2,5 milligrammes de particules par kilomètre seraient interdits en Suisse, tout comme les voitures de tourisme d'un poids excédant 2,2 tonnes. L'initiative est combattue par les partis bourgeois et les milieux routiers et économiques. En fin d'année, **le Conseil fédéral a rejeté l'initiative**. Bien qu'il ait admis qu'elle permettrait une réduction de 2% des émissions du trafic routier, il a jugé qu'elle entraînerait une restriction excessive du choix de modèles de voitures de tourisme. Il a par ailleurs estimé que les objectifs visés par l'initiative étaient parfaitement réalisables par la révision des normes et valeurs limites en matière d'émissions polluantes comme de sécurité routière en faisant l'économie des contraintes et inconvénients impliqués par le texte des initiants.⁷

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 08.09.2008
NICOLAS FREYMOND

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 20.01.2010
NICOLAS FREYMOND

En début d'année, le Conseil fédéral a adopté le message relatif à l'**initiative populaire « Pour des véhicules plus respectueux des personnes et de l'environnement »** et à une modification de la loi sur le CO₂ qui tient lieu de contre-projet indirect. Soutenu par les Verts, le PS, l'ATE, le WWF et Greenpeace, le texte déposé par les jeunes verts propose, à des fins de protection de l'environnement et de renforcement de la sécurité routière, d'interdire l'importation des véhicules qui émettent plus de 250 grammes de CO₂ par kilomètre, ainsi que les voitures de tourisme qui pèsent plus de 2,2 tonnes à vide ou présentent un danger élevé pour les autres usagers de la route. À titre de dispositions transitoires, il prévoit en outre que les véhicules en circulation violant ces nouvelles normes soient soumis à une limite de vitesse plus sévère (100 km/h) et que les émissions de particules fines des véhicules diesel immatriculés jusqu'au 31 décembre 2008 n'excèdent pas 2,5 mg/km. Le gouvernement a réaffirmé son rejet du texte en raison de la restriction excessive du choix de modèles de voitures de tourisme qui en découlerait. Il a également mis en doute la pertinence des mesures proposées, tout en partageant l'avis des initiants sur la nécessité d'édicter des normes légales afin de réduire les émissions nocives du trafic routier. Pour cette raison, le gouvernement a décidé de lui opposer un **contre-projet indirect** par lequel il met par ailleurs en œuvre la motion de la CEATE-CN en faveur d'un alignement sur les normes de l'UE que lui avait transmise le parlement en 2007. Le message transmis aux chambres comporte ainsi, outre un projet d'arrêté fédéral recommandant au peuple de rejeter l'initiative, un projet de modification de la loi sur le CO₂ abaissant la valeur moyenne d'émission des voitures neuves à 130 gr/km d'ici à 2015, conformément aux normes de l'UE en la matière. Le Conseil fédéral propose d'échelonner la réalisation de cet objectif, fixant respectivement à 65% en 2012, 75% en 2013, 80% en 2014 et 100% en 2015 la proportion des nouvelles immatriculations devant satisfaire à la nouvelle valeur limite. En cas de non respect, les importateurs devront compenser les émissions excédentaires, soit financièrement, soit par la vente de voitures moins polluantes. Le gouvernement a estimé que cette manière de procéder permettait d'atteindre l'objectif de réduction des émissions de dioxyde de carbone visé par l'initiative, sans interdire les voitures de collection et de sport. S'agissant des émissions de particules fines par les voitures de tourisme diesel, le gouvernement a proposé de s'en tenir à la

norme Euro 5 (4,5–5 mg/km, selon la méthode de mesure), jugeant inutile de s'en distancier alors que les émissions effectives des véhicules homologués jusqu'au 31 décembre 2008 (env. 0,6 mg/km) sont de toute manière nettement inférieures tant à la norme européenne qu'à celle voulue par les initiants. Quant à la sécurité des piétons, des cyclistes et des autres usagers de la route, il a estimé que des progrès considérables ont été réalisés ces dernières années, notamment grâce aux normes visant à réduire la gravité des blessures des piétons en cas d'impact. Assurant vouloir poursuivre dans cette voie, le Conseil fédéral a toutefois rappelé qu'il souhaite le faire en concertation avec les pays voisins afin d'éviter aux importateurs des obstacles supplémentaires sur le marché helvétique.⁸

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Suchtmittel

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 06.11.1990
MARIANNE BENTELI

In diesem Klima der allgemeinen Verunsicherung wäre ein klärendes Wort des Bundesrates besonders nötig gewesen. Doch darauf wartete man bis Ende 1990 vergeblich, obgleich die Landesregierung bereits im Mai anlässlich einer Klausurtagung von der **Auswertung der Vernehmlassung zum Drogenbericht** Kenntnis nahm und Bundesrat Cotti verschiedentlich eine baldige Stellungnahme versprach. Als Hauptgrund für diese Verzögerung wurde der Umstand angesehen, dass die Vernehmlassung zwar eine deutliche Mehrheit für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums ergeben hatte – 15 Kantone und fünf Parteien (FDP, GB, GP, LdU und SP) waren dafür –, dass sich aber die welschen Kantone und der Tessin vehement dagegen aussprachen und sich zwei der vier Bundesratsparteien (CVP und SVP) ebenfalls deutlich reserviert zeigten.⁹

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Linke und ökologische Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.03.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Innerhalb des Grünen Bündnisses wurden die **Bestrebungen in Richtung einer Fusion mit der GPS stärker spürbar**, da die Absatzbewegungen der Sektionen von St. Gallen, Luzern und Baselland, die den Beobachterstatus bei der GPS erworben haben resp. als Mitglied aufgenommen worden sind, Substanz kosteten. Das GBS zeigte auch Bereitschaft, im Falle eines Scheiterns der Fusion im Rahmen einer «grünen Koordination» regelmässig mit der GPS zusammenzukommen, um Themen und Aktivitäten zu besprechen.¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.03.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Auf Parlamentsebene trat die **einzigste Nationalrätin des Grünen Bündnisses, Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) in die Fraktion der Grünen Partei ein**.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.03.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Gegensatz zu diesem Trend wurde im Kanton Aargau der Versuch gemacht, **unabhängig von der Kantonalsektion der GPS, Grüne Aargau**, einen dem Grünen Bündnis nahestehenden Zusammenschluss zu schaffen. **Sieben grüne und alternative Gruppierungen** (Grüne Brugg, grüne Listen Zurzach und Baden, Wettigrün, Eichlebutzer Würenlingen, SAP und Ofra) gründeten die Grüne Liste als kantonale Koordination neu; eine solche war schon 1987 im Hinblick auf die Nationalratswahlen gebildet worden.¹²

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.04.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die beiden nationalen grünen Gruppierungen, die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und das Grüne Bündnis Schweiz (GBS) klärten das Terrain für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen ab. Nachdem im Dezember 1989 der GPS-Ausschuss auf einen Fusionswunsch des GBS eingegangen war, präsentierte das Grüne Bündnis die Rahmenbedingungen, unter denen es sich eine Fusion vorstellen könnte. **Formelle Kriterien** wie z.B. ein neuer Name der fusionierten Gruppen sowie inhaltliche Problemkreise – die Verteidigungs- und Sozialpolitik, die Frauenfrage und die Frage

nach dem Stellenwert der Parlamentsarbeit – **sollten gemeinsam diskutiert werden**. Allerdings liessen aber bald darauf beide Parteien verlauten, **die Basis für eine Fusion sei zur Zeit nicht vorhanden**. Innerhalb des Grünen Bündnisses äusserten vor allem die Sozialistisch-Grüne Alternative Zug (SGA) und die Winterthurer Opposition (WOP) Zweifel an Sinn und Machbarkeit einer Fusion.¹³

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.08.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die SAP ist im Berichtsjahr praktisch nur noch **als Gruppierung innerhalb der Organisationen, welche zum Grünen Bündnis gehören**, aktiv gewesen. Die Sektion Zürich hat sich als Partei aufgelöst, wird aber unter der Bezeichnung «Bresche Forum Zürich» als organisierte Strömung weiterexistieren.¹⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen **deckten sich mit denjenigen der GPS**.¹⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.10.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

An der Delegiertenversammlung in Lenzburg nahm die GPS das Grüne Bündnis Luzern definitiv auf. Ausserdem erhielten die «Grünen Solothurn» und das von der Kantonssektion abgespaltene «Movimento dei Verdi Ticinesi (MVT)» den Beobachterstatus; diesen hatte auch die Gruppierung «Grüne Baselland», hervorgegangen aus der POCH, im April an der Delegiertenversammlung in Bern erhalten.¹⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.08.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die **Delegiertenversammlung** der GPS in Lausanne vom 4. Mai beschloss, die Tessiner Sektion **«Movimento Ecologista Ticinese» (MET) aus der Partei** auszuschliessen, weil sie sich weigerte, die Trennung vom ehemaligen NA-Nationalrat Oehen zu vollziehen. Neu in die nationale Organisation aufgenommen wurden hingegen die **Grüne Partei Basel-Stadt sowie das Grüne Bündnis St. Gallen**. Im neuen Parteiprogramm, welches die Delegierten verabschiedeten, wurde der bisherige Kurs der Grünen vertieft und Bereiche wie Gleichberechtigung, Wirtschaft und Finanzen, Sicherheits- und Sozialpolitik als Schwerpunkte gesetzt, die auch zu Wahlkampfthemen wurden. Im Kanton Jura wurde das «Mouvement écologiste jurassien» (MEJ) gegründet, welches den Beobachterstatus in der GPS erhielt, für die eidgenössischen Wahlen jedoch nicht kandidierte. In Basel-Stadt stiess die eher bürgerlich orientierte «Grüne Mitte» zum Fusionsprodukt «Grüne Partei Basel-Stadt / Grüne Alternative Basel», während sich im Baseltal die drei bestehenden grünen Organisationen, «Grüne Partei Baselland», «Grüne Baselland» und «Grüne Liste Baseltal», zu einer neuen Partei mit dem Namen «Grüne Baseltal» zusammenschlossen, welche Mitglied der GPS wurde. Nach der Fusion entstand jedoch aus Kreisen von Fusionsgegnern eine «Neue Grüne Mitte».¹⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 14.09.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die lokalen, links-alternativen Organisationen, welche **ehemals unter der Bezeichnung Grünes Bündnis (GB)/Alternative socialiste verte (ASV)** eine Wahlplattform gefunden hatten, blieben in den Kantonen Zürich (Alternative Liste, Frauen macht Politik), Zug (Sozialistisch-Grüne Alternative Zug), Waadt (Alternative socialiste verte-Les verts alternatifs), Graubünden (Autunna verde), Schaffhausen (Grünes Bündnis Schaffhausen) und Bern (Grünes Bündnis Bern) bestehen. Sie **schlossen** sich im Berichtsjahr mit der **«POB-Grüne Baselstadt»** zur Wahlplattform «Die Andere Schweiz» (DACH) zusammen; die Programme der beteiligten Gruppierungen setzten je nach Kanton unterschiedliche Akzente, plädierten aber alle für die Abschaffung der Armee, gerechte Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt, eine weniger restriktive Asylpolitik und gegen den Beitritt zu Währungsfonds und Weltbank.¹⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 01.12.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Das Grüne Bündnis war in der Frage des **EWR-Beitritts** ebenfalls **gespalten**. So votierte die Sektion Schaffhausen dagegen, diejenige von Bern gab keine Parole aus und die unter der Bezeichnung ASV-Fédération des Verts alternatifs vaudois in der Westschweiz übriggebliebene Gruppierung des Grünen Bündnisses unterstützte vor allem aus sozialen und arbeitsrechtlichen Gründen den EWR-Vertrag.¹⁹

WAHLEN
DATUM: 06.12.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Einen **Wahlerfolg** erzielte das Grüne Bündnis in der **Stadt Bern**, wo es nicht nur die Zahl der **Parlamentsmandate von 4 auf 6** steigern konnte, sondern auch **einen Sitz in der Exekutive** eroberte.

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.12.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Gegen Ende des Berichtsjahres wurde das ursprünglich als ausserparlamentarische Opposition gegründete Kritische Forum Uri (kfu) aufgelöst. Im Kantonsparlament war das kfu mit **drei Mitgliedern schon seit 1992 eine Fraktionsgemeinschaft** mit der SP eingegangen. Offen blieb, ob nach der Auflösung des kfu eine Parteisektion der GP gegründet wird oder nicht.²⁰

WAHLEN
DATUM: 03.11.1996
EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die GPS in sechs Kantonen **insgesamt drei Parlamentssitze ein**. Zählt man die Sitzgewinne von grünen Gruppierungen mit GPS-Beobachterstatus hinzu, konnte sie **per saldo aber 15 Mandate zulegen**. Dabei fallen insbesondere die zehn Sitze von «BastA», die in Basel-Stadt erstmals antraten, ins Gewicht.

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.10.2001
MAGDALENA BERNATH

Das Berner Grüne Bündnis und das Demokratische Nidwalden erhielten **Beobachterstatus**.²¹

WAHLEN
DATUM: 31.12.2002
MAGDALENA BERNATH

Die Grünen gehörten zu den Gewinnern der kantonalen Parlamentswahlen. Sie konnten **19 Sitze gutmachen**: sieben in Nidwalden, sechs in Bern, fünf in der Waadt und einen in Glarus. Dabei profitierten sie auch von Beitritten regionaler Gruppierungen wie dem Demokratischen Nidwalden oder dem Grünen Bündnis in Bern.²²

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2012
MARC BÜHLMANN

Anfang November wurde die GP des Kantons Schwyz nach fünfjährigem Beobachterstatus als Vollmitglied der Grünen Partei Schweiz aufgenommen. Damit endete ein in den 1980er Jahren begonnener Prozess der **Konsolidierung**. Verschiedene Splittergruppen wurden im Verlauf der Jahre unter das Grüne Dach aufgenommen: etwa die verschiedenen Grünen Bündnisse in Luzern, St. Gallen und Bern, das Demokratische Nidwalden, die Grüne Freie Liste in Bern, die Alternativen Listen in Zug oder Basels starke Alternative (BastA) und die Parti écologiste Valaisan wurden in den letzten Jahren Vollmitglieder der GP.²³

Andere Parteien

WAHLEN
DATUM: 25.10.1998
URS BEER

Bei den **kantonalen Wahlen** gehörten grün-alternative und kleine Linksparteien neben der GP **zu den eigentlichen Wahlgewinnerinnen**. Im Kanton Zug legten die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) und weitere alternative Gruppierungen um vier Parlamentssitze (neu 7) zu, während das Demokratische Nidwalden mit zwei zusätzlichen Parlamentssitzen (8) sowie einem Regierungsratssitz belohnt wurde.

1) Bresche, 1990, Nr. 11.; LNN, Vat. und NZZ 12.11.90, NZZ und Vat., 7.11.90.

2) NZZ, 24.11.92; SN, 4.11.92.

3) Presse vom 18.4. und 19.4.94; Beilage "Bern hat gewählt" in Bund, 19.4.94.

4) Presse vom 23. und 24.11.92, TW, 30.9.92; Bund, 13.2.92.

5) Presse vom 7.12.92; BZ, 22.9., 26.11.92 und 12.1.93.; NZZ, 4.12.92.; Seitz (1993): Die Stadtrats- und Gemeindewahlen in der Stadt Bern von 1992. Analyse und Überlegungen zum Wahlsieg der Rot-Grün-Mitte-Parteien.

6) LNN, 22.10.91.

7) FF, 2008, p. 7199 s.; LT, 4.2 et 7.7.08; NZZ, 7.7.08; presse du 26.8.08 (initiative); NZZ, 20.12.08.

8) FF, 2010, p. 885 ss; presse du 22.1.10.

9) Amtl. Bull. NR, 1990, S. 479, 1051 und 1934; NZZ, 18.5.90; Bund, 30.5.90. Presse vom 22.10.90; WoZ, 26.10.90; Bund, 6.11.90; BZ, 24.11.90.

10) Grüne Tribüne (1990). Nr. I.

11) BaZ vom 27.3.90

12) BaZ vom 26.3.90; AT vom 29.3.90; WoZ vom 30.3.90

13) BaZ vom 5.3.90; WoZ vom 11.4.90 und 20.4.90; Vr vom 20.4.90

14) WoZ vom 31.8.90.

15) NZZ vom 12.1.90; TW vom 6.9.90

16) TA vom 23.4.90; LNN vom 18.10.90 und 19.10.90; Presse vom 27.10.90 und 29.10.90

17) Dém. vom 21.8.91; BaZ vom 7.2.91; BaZ vom 15.8.91; Presse vom 6.5.91

18) NZZ und TA vom 14.9.91

19) SN vom 12.11.92; JdG vom 1.12.92

- 20) TA, LZ und LNN, 21.12.93.
21) Bund, 5.5.01; NZZ, 7.5.01; Presse vom 29.10.01.
22) Presse vom 21.6.02; NZZ, 22.8.02.
23) NZZ, 2.11. und 5.11.12.